

SPD-Ratsfraktion
CDU-Ratsfraktion
Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
FDP-Ratsfraktion
Ratsfraktion Die Linke
Ratsmitglied SSW

Zu Punkt der Tagesordnung

Interfraktioneller Antrag		0691/2011 öffentlich 23.08.2011
Datum	Gremium	Antragsteller/in
Ö 25.08.2011	Ratsversammlung	Ratsherr Schmalz, Ratsherr Tovar, SPD-Ratsfraktion Ratsherr Wohlfarth, CDU-Ratsfraktion Ratsherr Oschmann, Ratsfraktion B 90/Die Grünen Ratsfrau Jürgensen, FDP-Ratsfraktion Ratsherr Jansen, Ratsfraktion Die Linke Ratsfrau Danker, SSW
<u>Betreff:</u> Geplante Gebietsveränderung der Agentur für Arbeit Kiel		

Antrag:

Die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel lehnt den Vorschlag der Bundesagentur für Arbeit (BA) zur geplanten Gebietsveränderung der Agentur für Arbeit Kiel ab, weil sie Nachteile für die betroffenen Kunden und die Wirtschaftsraumorientierung beinhaltet. Diese wiegen schwerer als die Vorteile der von der BA beabsichtigten „Einräumigkeit der Verwaltung“.

Die Ratsversammlung empfiehlt der BA und ihrer Regionaldirektion Nord, die Agenturgrenzen des Kieler Bezirks unverändert zu lassen.

Begründung:

Der Verlust der derzeitigen Zuständigkeit der Agentur Kiel für Gemeinden des Kreises Rendsburg-Eckernförde würde zu einer erheblichen Einbuße an Kundennähe für jugendliche und erwachsene Einwohnerinnen und Einwohner dieser Orte führen. Zudem würde dies eine künstliche Trennung der Arbeitsmarktregion bedeuten, die die dominanten Pendlerströme weitgehend ignoriert.

Die Agentur Kiel wäre für wesentliche Teile des Wirtschaftsraumes Kiel nicht mehr zuständig. Die geplanten Veränderungen der Kieler Agenturgrenzen lassen wichtige Kooperationsstrukturen außer Acht, die Stadt- und kreisübergreifend angelegt sind. So haben sich die Stadt Kiel, der Kreis Plön und der Kreis Rendsburg-Eckernförde zu einer gemeinsamen Wirtschaftsförderung zusammengeschlossen.

Die Vernachlässigung wichtiger bereits vorhandener Kooperationsstrukturen würde die Netzwerkbildung und Netzwerkarbeit deutlich erschweren. Regionale Anpassungsprozesse auf Seiten der Agentur sollten den Informationsaustausch zwischen den Arbeitsmarktakteuren und die Möglichkeiten gemeinsamen Handelns fördern. Die geplante Gebietsveränderung des Agenturbezirkes ist im Hinblick auf eine solche Unterstützung eher kontraproduktiv.

gez. Ratsherr Michael Schmalz
gez. Ratsherr Hans-Werner Tovar
SPD-Ratsfraktion f.d.R.

gez. Ratsherr Jan Wohlfarth
CDU-Ratsfraktion f.d.R.

gez. Ratsherr Lutz Oschmann
Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen f.d.R.

gez. Ratsfrau Silke Jürgensen
FDP-Ratsfraktion f.d.R.

gez. Ratsherr Florian Jansen
Ratsfraktion Die Linke f.d.R.

Antje Danker
SSW